

# Teurer Ausbau macht Senioren Angst

Die Anlieger an der Johann-Nicol-Müller-Straße und Alten Rehauer Straße müssen für deren Sanierung tief in die Tasche greifen: Die Familie Riedel soll 18000 Euro zahlen.

Von Andreas Godawa

Schönwald – 18000 Euro sind eine Menge Geld. So hoch ist die Summe, die Marianne und Hermann Riedel für den Ausbau der Alten Rehauer Straße laut Straßenausbaubeitragsatzung zahlen müssen. Das Ehepaar – sie ist 77, er 79 Jahre alt – wohnen seit 1956 in ihrem Haus Alte Rehauer Straße 27. Jetzt wird die Straße ausgebaut – und die beiden Senioren sind verzweifelt: „Wir haben doch fürs Alter gespart, nicht für die Straße“, sagt Marianne Riedel.

Zwar muss das Ehepaar Riedel die 18000 Euro nicht auf einmal, sondern aufgeteilt in insgesamt vier Teilbeträge bis April 2016 bezahlen – nichtsdestotrotz ist die Summe belastend. Das weiß auch der Schönwalder Bürgermeister Klaus Jaschke. Ändern kann er daran aber nach eigener Aussage nichts.

Und so ist der Ausbaubetrag ein Beispiel dafür, wie die finanzielle Schiefelage der Gemeinden den Bürger direkt trifft.

„Unser Haus war eines der ersten hier“, sagt Marianne Riedel. Im Herbst 1956 ist das Ehepaar eingezogen. Und die große Summe macht dem Ehepaar natürlich Sorgen. „Mein Mann kann schon nimmer

ruhig schlafen“, schildert Marianne Riedel die Situation, nachdem am 24. November die Rechnung ins Haus flatterte. „Wie wir das machen sollen, weiß ich auch noch nicht.“

Die Riedels haben Angst und fühlen sich ungerecht behandelt: „Das treibt uns in die Altersarmut.“ Bürgermeister Klaus Jaschke sei schon zweimal bei ihnen gewesen, berichtet die 77-Jährige. Jaschke wolle versuchen, dass es billiger wird. Beruhigen kann die Riedels dieses Versprechen aber nicht.

Die Straßenausbaubeitragsatzung in Schönwald gibt es seit 1997, im



Marianne und Hermann Riedel wohnen seit 1956 in ihrem Haus Alte Rehauer Straße 27. Jetzt sollen die Rentner gemäß der Satzung 18 000 Euro für den Ausbau der Straße bezahlen.

Foto: Miedl

Jahr 2005 wurde sie überarbeitet. Seitdem müssen Bürger für den Ausbau von Anliegerstraßen 70 Prozent der umlagefähigen Kosten zum Ausbau beisteuern, bei Haupterschließungsstraßen

„Wir haben doch fürs Alter gespart, nicht für die Straße.“

Marianne Riedel

(dazu zählt die Alte Rehauer Straße) sind es 50 Prozent, bei Hauptverkehrsstraßen, wie

etwa der Ortsdurchfahrt, 30 Prozent. Die Höhe des Beitrags berechnet sich nach Jaschkes Worten zum einen aus der Grundstücksgröße, zum anderen aus dem Ausbauzustand des Hauses: Je mehr Vollgeschosse, desto teurer wird es für den Anlieger.

In dem aktuellen Fall kommt noch dazu, dass die Stadt den Ausbau der Johann-Nicol-Müller-Straße bereits abgeschlossen hat, die Hauptarbeiten für die Alte Rehauer Straße beginnen im kommenden Jahr. Abgerechnet werden müssen diese beiden Straßen zusammen, weil es eine Anlage im beitragsrechtlichen Sinne ist,

auch wenn die Straßen zwei verschiedene Namen haben. Und so ergibt sich eine Summe von voraussichtlich 18000 Euro.

Die Familie Riedel hat laut Jaschke nun einen ersten Bescheid über 8000 Euro bekommen. Davon musste sie die Hälfte Ende Dezember 2014 bezahlen, die andere Hälfte im April 2015. Die weiteren 10000 Euro sind dann wiederum zur Hälfte Ende Dezember 2015, die andere Hälfte voraussichtlich 2016 fällig.

Jaschke kann die Kritik der Bevölkerung durchaus verstehen. Am 16. Dezember hat es eine Informationsveranstaltung für die Anlieger gegeben, in der die Planungsgruppe Stephan die Ausbaupläne vorgestellt hat. „An den Plänen an sich hat es kaum größere Kritik gegeben, wohl aber an den Kosten.“

Insgesamt kostet der Ausbau der Johann-Nicol-Müller-Straße und der Alten Rehauer Straße 840000 Euro. Davon werden gemäß der Satzung 50 Prozent der Kosten auf die Anlieger umgelegt. „Wir als Stadt müssen uns

an die Satzung halten“, sagt Jaschke. Immerhin muss die Stadt, die angesichts der angespannten Haushaltssituation vom Freistaat Stabilisierungshilfen bekommt, alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen. „Wir können und dürfen diese Einnahmen nicht auslassen.“ Es gebe klare Regeln für die Aufteilung der Kosten, „da haben wir wenig bis gar keinen Spielraum“, so Jaschke.

Wie schwierig das für die Anlieger sein kann, weiß der Bürgermeister aus eigener Erfahrung. Als 2006 die Grünhaider Straße ausgebaut wurde, musste der Gartenbauverein der Porzellanfabrik, dessen Vorsitzender Jaschke ist, 12000 Euro bezahlen. Ausbaubeträge sind auch in der Peuntstraße, im Geierweg und am Pfaffenberg erhoben worden.

Die Stadt habe in ihrer aktuellen Finanzsituation nur zwei Möglichkeiten: Erstens die Zahlungen auf mehrere Raten und Jahre zu strecken, und zweitens den Ausbau so günstig wie möglich zu halten. „In der Alten Rehauer Straße werden wir

beispielsweise gebrauchte Leuchten aus der Bauvereinstraße verwenden.“

Ganz anders sähe es aus, wenn die Stadt Schönwald genügend Einnahmen hätte, etwa aus der Gewerbesteuer oder den Schlüsselzuweisungen. „Dann könnte die Stadt den Straßenunterhalt ohne einen Beitrag der Bürger finanzieren. Das Geld haben wir aber nicht.“

Eine Möglichkeit, die Bürger zu entlasten, praktiziert das Land Nordrhein-Westfalen: Dort bezahlen die Bürger eine jährliche Abgabe, ähnlich der Müllgebühren, die für den Straßenunterhalt eingesetzt wird. „Das ist im Freistaat aber nicht vorgesehen“, beklagt Jaschke. Am meisten ärgert ihn, dass sich nicht alle Städte an die gesetzlichen Regelungen halten. So hat der Münchner Stadtrat die Straßenausbaubeitragsatzung jüngst per Beschluss einfach abgeschafft. Der Schönwalder Bürgermeister kommentiert das mit einem Anflug von Galgenhumor: „Das sind genau die Signale, die wir brauchen.“